

# Potentiale der Genossenschaften angesichts des demographischen Wandels

Kongress des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Nürnberg, 15. November 2013

- In allen europäischen Ländern gewinnt der Wohnbereich und das lokale Umfeld als Versorgungsinstanz an Bedeutung. Programme zur besseren Integration von Pflege, Wohnen und Beteiligung im Wohnquartier prägen derzeit nicht nur in Deutschland den sozialpolitischen Diskurs um die demografischen Herausforderungen. Zentrale **Handlungsfelder** sind dabei:
  - » Altersgerechte Gestaltung des Wohnraums
  - » Entwicklung neuer kooperativer Wohnformen (vom betreuten Wohnen bis hin zu Altenwohngemeinschaften und Seniorengenossenschaften)
  - » Aufbau einer altengerechten Infrastruktur im Wohnumfeld inklusive der Schaffung bzw. des Ausbaus öffentlicher Begegnungsräume
  - » Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und von Netzwerken
  - » Entwicklung von assistierenden Technologien, um den gewünschten Verbleib in den Wohnungen zu gewährleisten

- Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung rechnet aktuell mit einem Bedarf von ca. **2,5 Millionen altersgerechten Wohnungen** in den nächsten Jahren. Dem gegenüber stehen nur ca. 500.000-600.000 barrierefrei oder barrierearm ausgestattete Wohnungen (knapp 1,4 % des aktuellen Bestandes).
- Ganz gleich ob zur Miete oder im Eigentum: über **90** Prozent der über 65-Jährigen wohnen nach verschiedenen Studien **nicht altersgerecht**. Die Zahl der über 65-Jährigen wird weiter ansteigen und es werden zusätzliche altersgerechte Wohnungen benötigt.
- Im KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ wurden zwischen April 2009 und Mitte 2011 ca. 53.000 Wohnungen umgebaut (ergibt einen jährlichen Umbau von ca. 25.000 Wohnungen). Nach diesen Zahlen würde bis 2020 grob ein Umbauvolumen von gut 170.000 Wohnungen erreicht und die **Lücke** läge bei 2,77 Millionen Wohnungen.
- **Zentral:** das Wohnumfeld, die Quartiere dürfen nicht vernachlässigt werden. Nahe liegende Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung und Serviceangebote müssen stärker beim Bau von Altenwohnungen berücksichtigt werden.

- Die zunehmende Auflösung der traditionellen Großfamilie lässt die Nachfrage nach **Hilfs-** und **Pflegediensten** ansteigen (auch wenn Familiennetzwerke gerade in ländlichen Regionen noch immer eine große Bedeutung haben). Der Trend zur Singularisierung und Heterogenität des Alters wächst insbesondere in Großstädten.
- Neben Altersheimen werden das eigene Zuhause oder **Zwischenlösungen** (betreutes Wohnen) wichtiger. Dafür müssen die Wohnungen adäquat baulich und technisch ausgestattet werden: „**mitalternde**“ Wohnungen und eine gute Anbindung im Wohnquartier sind die Voraussetzungen, um das selbstbestimmte Wohnen im Alter zu realisieren. Dazu gehört auch ein entsprechender Einsatz technischer Assistenzsysteme, um Sicherheit zu gewährleisten.
- Gerade für die Gruppe der Älteren, die sich in Zukunft sozioökonomisch weiter auseinander entwickeln wird, braucht man **günstigen Wohnraum**. Deshalb müssen die in verschiedenen Bundesländern bestehenden Allianzen für kostengünstiges Wohnen fortgesetzt bzw. intensiviert werden.
- Neue Netzwerke wie **Senioren-genossenschaften** können interessante Optionen für das „Wohnen im Alter“ bieten.

- Die **Grundwerte** der Genossenschaften wie Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung scheinen noch immer aktuell zu sein. Allein in Deutschland gehören rund 20 Millionen Menschen einer der mehr als 7500 Genossenschaften an; es existieren über 1900 Wohnungsgenossenschaften mit rund 2,8 Millionen Mitgliedern (das entspricht einem Anteil von über zehn Prozent aller Mietwohnungen). In den Medien wird insbesondere das nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaften nach genossenschaftlichen Werten hervorgehoben, welches den Menschen **Sicherheit** bietet. Es geht aber auch um die Werte der **Kooperation** und **Verantwortung** sowie Partizipation.
- Auch wenn nicht immer direkt der Begriff „Genossenschaft“ gewählt wird, wächst der Anteil von Menschen, die in Gemeinschaften selbstverwaltet wohnen und leben wollen: „Idee und Praxis des Genossenschaftswesens gewinnen vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen neue Bedeutung. In nahezu allen Industrie- und Transformationsstaaten ist derzeit eine Gründungswelle von Kooperativen, insbesondere in den Bereichen lokales Geld, Sozial- und Gesundheitswesen, Energie und Wasser sowie lokal-regionale Versorgung mit guten Lebensmitteln zu beobachten“ (Elsen 2012, 85).

- Der **demographische Wandel** trägt maßgeblich dazu bei, dass die lokale Ebene als neuer „Ort“ an Bedeutung gewinnt, da gerade ältere Menschen eine starke Bindung an das Wohnumfeld haben und auch über **Zeit** verfügen. Junge Menschen sehnen sich angesichts der enorm gewachsenen Mobilität ebenfalls nach Geborgenheit und lokaler Identität – man könnte sogar sagen: **Heimat**.
- In einer Gesellschaft mit immer mehr Optionen wachsen die subjektiven **Verunsicherungen**. Da die traditionellen Wohlfahrtsorganisationen (etwa Kirchen) von einer Vertrauenskrise betroffen sind, werden auch alternative soziale Kontaktformen wie Genossenschaften gesucht. Dabei geht es um die **aktive Gestaltung** eigener Sozialräume und die Mobilisierung individueller Fähigkeiten.
- Umbrüche in der Wirtschaftslandschaft führen ebenso zu einem „**Reset**“ von Lokalität (durch das Internet Arbeit zuhause/Work-Life-Balance) und damit sowohl des Wohnquartiers als auch kooperativer Lösungen wie Genossenschaften, wobei dies zwar eine rechtlich fest definierte Größe sind, allerdings dient die Begrifflichkeit eher als ein **Bezugsrahmen**, der auf Lokalität und Gemeinschaft zielt.

- Genossenschaften haben sich nach Meinung vieler Bürger gerade in der Finanzkrise bewährt (67 % der Befragten schätzen die Erfahrungen mit ihnen gut oder sehr gut ein), was sicherlich auch an dem generellen Merkmal der Genossenschaften liegt.
- „Sie haben den Auftrag, nur für ihre Mitglieder und damit für ihre Eigentümer Werte zu schaffen, die ohne genossenschaftliche Zusammenarbeit nicht entstehen würden. Dies ist auch deswegen hervorzuheben, weil die Eigentümer der Genossenschaft gleichzeitig deren Leistungen nachfragen und in dieser die strategischen Entscheidungen treffen. Die strategische Orientierung von Genossenschaften ist also eine langfristige Wertschaffung für ihre Mitglieder. Dieser „Member-Value“ von Genossenschaften unterscheidet sich von einem Shareholder-Value, der isoliert auf die kurzfristige Verzinsung von Investments abstellt, also Zinseinkommen für Investoren, die in keiner Leistungsbeziehung zum Unternehmen stehen“(Theurl 2012).
- Die Genossenschaften haben allgemein vielschichtige gesellschaftliche Leistungen erbracht - von der Verbesserung der Wohnsituation bis hin zu Kindergärten und Altenbetreuung. Auch nach 150 Jahren bilden sie in vielen Fällen noch eine „lebendige Wertegemeinschaft“, die z.T. neu entdeckt wird.

- Genossenschaftliche Organisationsmodelle kommen heute (wieder) auf die politische Tagesordnung, weil angesichts der öffentlichen Verschuldungen die staatliche Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist und der Staat auf die Koproduktion und selbstverantwortliche Eigenleistung individueller wie kollektiver gesellschaftlicher Akteure angewiesen ist („Wohlfahrtspluralismus“ bzw. -mix“).
- Angesichts der Debatten um die **Zivilgesellschaft** zeigt sich, dass die Motivationen und Handlungsbereitschaften zu solidarischer Unterstützung durchaus noch vorhanden sind. Und dies gilt sowohl für neue Formen bürgerschaftlichen Engagements wie auch für traditionelle Kollektivorganisationen „jenseits von Markt und Staat“ wie **Genossenschaften**. Sie können als Selbsthilfeorganisationen wieder neue Bedeutung erlangen, zumal sich finanzielle Grenzen des Wohlfahrtsstaates abzeichnen und gleichzeitig zivilgesellschaftliche Verantwortung gewachsen ist. Ob sie sich zu einem Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik eignen, kann noch nicht beantwortet werden – eher stellen sie eine Ausdifferenzierung des „Welfare-Mix“ dar.
- Genossenschaften als Organisation der Selbsthilfe und als Wertegemeinschaft bieten neuen Halt, da sie sich von anderen Rechtsformen dadurch **unterscheiden**, dass die Mitglieder sowohl Kunden als auch Miteigentümer sind und dadurch bspw. lebenslanges Wohnrecht und Mitsprachemöglichkeiten besitzen.



- **Grundlegende Prinzipien** von Genossenschaften als spezifische Kooperationsformen:
  - Förderungsprinzip (nicht die Kapitalverwertung, sondern die Mitgliederförderung ist zentrale Aufgabe)
  - Identitätsprinzip (etwa Mieter und Vermieter sind identisch)
  - Prinzip der gemeinsamen Selbsthilfe (unbezahlte Vorleistungen etc)
  - Demokratisches Prinzip (eine Stimme für jedes Mitglied)

In diesem Sinn sind Sozial- oder Seniorengenossenschaften ein Bestandteil von neuen netzwerkartigen Formen **organisierter bürgerschaftlicher Selbsthilfe**, wobei aus den selbst gewählten Bezeichnungen nicht immer auf den Inhalt und die Rechtsfigur geschlossen werden kann. Wir haben es sowohl mit unterschiedlichen Mitgliederstrukturen zu tun als auch mit unterschiedlichen Aufgaben. In diesem Sinn sind sie aber „Orte der Rollenorientierung, Identitätsstiftung und sinngebenden Personenwerdung“ (Köstler/Schulz-Nieswandt 2010, 13) mit dem Ziel der **Lösung sozialer Probleme**.



- Familienübergreifende soziale Netzwerke, Nachbarschaften etc. bekommen durch den demografischen und sozialen Wandel größere Bedeutung - eben auch **Genossenschaften**. Hier wird eine alte Idee neu entdeckt. „So ermöglichen beispielsweise Sozial- und Gesundheitsgenossenschaften bedarfsspezifische Lösungen, die kosteneffizienter als ihre marktwirtschaftlichen Konkurrenten arbeiten, da keine Ressourcenabflüsse an Investoren oder Overheadkosten an Unternehmen der Wohlfahrtsindustrie abgeführt werden. Auch im Fall öffentlicher Förderung garantieren Genossenschaften optimale Ressourcennutzung, Transparenz und die demokratische Mitsprache der Nutzer/-innen. Genossenschaftsgründungen im Bereich sozialer und gesundheitlicher Dienste reagieren zudem auf neue soziale Bedürfnisse und Selbstvertretungsansprüche Betroffener“ (Elsen 2012, 88)
- “Zeitbasierte Komplementärwährungen (Zeitbanken) bilden den wichtigsten Bestandteil von Seniorengenossenschaften. Gerade im Bereich von häuslichen und personenbezogenen Dienstleistungen sind Zeitwährungssysteme und Seniorengenossenschaften interessant. Sie stellen eine Alternative zu den Angeboten der ‚Pflegewirtschaft‘ dar“ (96).

- Auf der politischen Bühne werden **lokale Initiativen** (auch explizit Senioren-, Familien- oder Sozialgenossenschaften) verstärkt beachtet und auf Länderebene neue Förderprogramme hierfür aufgelegt.
- In Bayern begann man bspw. 2013 mit dem Aufbau von **Sozialgenossenschaften**. „Im Unterschied zu „Senioren-genossenschaften“ haben „Sozialgenossenschaften“ nicht nur Hilfeleistungen für die älteren Menschen im Fokus. Zielgruppen können hier nicht nur Seniorinnen und Senioren sein, sondern z. B. auch bedürftige Familien, Alleinerziehende, Arbeitslose, von Diskriminierung Betroffene etc.... Bei „Sozialgenossenschaften“ liegt der Fokus mehr auf der sozialen Integration verschiedener Gruppen miteinander, bei „Senioren-genossenschaften“ können zwar auch jüngere Mitglieder dabei sein (im Sinne einer Altersvorsorge), der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Leistungserbringung für ältere Menschen“ (Rosenkranz/Dörpler 2013).
- Angesichts der neuen Herausforderungen (etwa durch den demografischen Umbruch) können sie als **Netzwerk** Leistungen erbringen (bspw. Hilfen im Haushalt oder Fahr- und Begleitdienste) und Älteren auch das Gefühl geben, gebraucht zu werden. Genossenschaften erfüllen somit soziale Integrationsaufgaben.

- „Sie finden eine gemeinsame Losung für ihren homogenen Bedarf. Beispiele dafür sind z. B. die Organisation des Seniorenwohnens oder die Nahraumversorgung oder genossenschaftliche Initiativen zur Erhaltung von Lebensräumen. Zweitens können die Agenten der Betroffenen die Mitglieder von Genossenschaften sein. Dies können etwa Eltern oder Kinder oder Arbeit geber sein. Entsprechende Beispiele sind Genossenschaften mit der gemeinsamen Organisation der Kinderbetreuung oder der Palliativmedizin oder genossenschaftlich organisierte Werkstätten ihr Beschäftigungsmöglichkeiten von behinderten Jugendlichen. In diese Kategorie zählen auch die Familiengenossenschaften, deren Mitglieder Unternehmen sind, die die Betreuungsleistungen (Kinder, Eltern) ihrer Mitarbeiter organisieren“ (Theurl 2013).
- Aber auch wenn davon auszugehen ist, dass sich Sozial-, Familien- oder Bürgergenossenschaften ausbreiten werden, muss auch auf die **Grenzen** hingewiesen werden. Sie sollten nur initiiert werden, wenn gut funktionierende Alternativen nicht vorhanden sind und zudem müssen sie auch effizient sein. „Dies hat nichts mit einer isolierten Gewinnorientierung zu tun, sondern damit, dass ein stimmiges Konzept vorhanden sein muss, das es ermöglicht, sich selbst zu tragen. Ein solches Konzept kann selbstverständlich auch staatliche Förderungen beinhalten, sofern diese an sozialen Merkmalen festgemacht werden“ (Theurl 2013).

- Die erste Senioren-genossenschaft wurde 1991 in Riedlingen (BAWü) als eingetragener, gemeinnütziger Verein gegründet. Die Mitgliederzahl wird seit einigen Jahren mit rund 650 angegeben. Die Senioren-genossenschaft wurde vom Finanzamt als gemeinnütziger Verein anerkannt, Steuern sind deshalb derzeit nur für Lohnzahlungen an Hilfsdienstleistende zu entrichten, Umsatzsteuern entstehen nicht. Mitgliedschaft besteht bei einem Wohlfahrtsverband (DPWV).
- Das **Prinzip** ist: Wer mitarbeitet, kann frei entscheiden, ob er sich das Entgelt auszahlen lässt oder bei der Genossenschaft anspart. Es gilt dabei der Grundsatz, wer heute 100 Stunden arbeitet und anspart, kann später auch 100 Stunden kostenfrei wieder abrufen. Das angesparte Geld bleibt im Eigentum und in der Verfügungsgewalt der jeweiligen Person, ist also sofort oder später für das eigene Alter abrufbar. Auf diese Weise ist es der Genossenschaft möglich, mit einem günstigen Stundensatz zu arbeiten, gleichwohl für die Mitarbeiter attraktiv zu sein.
- „Was die einen heute haben und die anderen brauchen, kann morgen umgekehrt sein. Die Zeiten des Gebens und Nehmens nutzbringend zu organisieren, ist der Grundgedanke der Senioren-genossenschaft“ (J. Martin, Vors. Riedlingen).

- Gründung: 2007-2010 (derzeit über 300 Mitglieder/Durchschnittsalter: rd. 71 J.)
- Das Angebot der Seniorengemeinschaft soll die gesamte Mitgliederfamilie entlasten.
- **Handlungsleitlinien:** 1. Senioren helfen Senioren 2. Junge helfen Senioren 3. Senioren helfen Jungen .
- **Aufgabenfelder:** Begleit- und Besuchsdienst, Besorgungen, Fahrdienst, handwerkliche Kleinhilfen und Gartenarbeiten, Hilfen im Haushalt, Wohnraumanpassung etc.
- Finanzierung über Jahresmitgliedsbeiträge (30 € für Alleinstehende, 45 € für Paare, Institutionen 50 €); ferner aus der Differenz der Gebühren der Leistungsnehmer. Pro Stunde erhaltener Hilfeleistung zahlt jedes Mitglied 8 € an den Verein, der Helfende erhält davon 6 €. Die Differenz von 2€ wird für die Unkosten des Vereins benötigt. Lässt sich ein Helfender das ihm zustehende Entgelt von 6 € nicht auszahlen, wird dieser Betrag auf einem Treuhandkonto angelegt und damit angespart. (Vgl. ausführlich Rosenkranz/Dörpler 2013)

- Kötler (2006, 238) fasst die Tätigkeiten in **Senioren-genossenschaften** als Möglichkeit auf, „sich auf eine neue Art und Weise einzubringen, in dem Sinne, dass Fähigkeiten an sich selbst entdeckt werden, die man bislang nicht kannte und Tätigkeiten erlernt werden, die für einen selbst neu sind und die die Individuen ohne Mitgliedschaft in der Senioren-genossenschaft nicht machen würden, z. B. Besuchsdienste und Fahrdienste. Dann würde nicht nur Humankapital erhalten, sondern auch neues Humankapital geschaffen. Und mit Hilfe dieses Humankapitals kann dann soziales Kapital entstehen“.
- „Als gemeinsames Merkmal weisen diese Initiativen das Arbeiten nach dem genossenschaftlichen Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit auf. Außerdem bieten sie Unterstützungsaktivitäten und Gesellung für ältere Menschen an, arbeiten in der Regel mit Zeitkonten und verlagern nach dem Prinzip der langfristigen Reziprozität den Zeittausch in die Zukunft“ (20).
- Nach dieser groben Definition dürften derzeit in Deutschland zwischen 50 und 100 Senioren-genossenschaften bestehen (Degens schätzt derzeit: 70). Aber auch ca. 350 Tauschringe und Zeitbanken in Deutschland und gut 30 Dorfläden, kooperativ organisierte Schwimmbäder und Kindergärten existieren (größtes Wachstum aber bei den Energiegenossenschaften).



- „Aufgabe von Seniorengenossenschaften ist die Versorgung von Senioren in allen Bereichen des Alltagslebens. Das Spektrum reicht dabei von einfachen Dienstleistungen im Haushalt über komplexere Formen der Alltagsassistenz bis hin zur Pflege.
- Auch die unterschiedlichsten Rechts- und Nutzungsformen bei der Versorgung mit Wohnraum, die Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse durch wohnungswirtschaftliche Leistungen und die Wohnversorgung ergänzende Maßnahmen können unter diesen Begriff gefasst werden.
- Der Begriff Seniorengenossenschaften wird also auch für Genossenschaften genutzt werden, die Senioren als Träger oder Zielgruppe im weitesten Sinne betreffen.
- Wesentliches Merkmal von Seniorengenossenschaften ist die Selbsthilfe. Sie sind also bei ihrer Entstehung immer eine Reaktion auf ein unzureichendes Marktangebot sei es vom Preis oder von der Qualität der Versorgung von Senioren. Als Zielgruppe müssen diese aber nicht zwangsläufig auch die Mitglieder sein“.

- 1. **Das Austausch- und Helfermodell:** Mitglieder sind junge und alte Senioren, die sich wechselseitig unterstützen und dabei mit einem Zeitbankansatz arbeiten.
- 2. **Das Arbeitsplatz- und Dienstleistungsmodell:** Mitglieder sind die Dienstleister, oft ehemals Arbeitslose, für die die Zielgruppe der Senioren die Kundengruppe ist
- 3. **Das Agentur- und Kooperationsmodell:** Mitglieder sind selbständige Dienstleisterinnen und Unternehmen, deren personennahe Dienstleistungen über die Genossenschaft vermittelt wird.
- 4. **Das Anbieter- und Cross-Selling-Modell:** Mitglieder sind Organisationen, die für die Zielgruppe der Senioren unterschiedliche Leistungen professionell anbieten.

Wichtige **Schritte** bei der Realisierung eine Seniorengenossenschaft:

- Interessierte Gleichgesinnte finden
- Eine Entscheidung bei den rechtlichen Alternativen fällen
- Das Geschäftskonzept kompetent erarbeiten

- Der demografische Trend ist eine wesentliche „driving force“ neuer Projekte auf lokaler Ebene – von gemeinschaftlichen Wohnformen bis hin zu Seniorengenossenschaften. Die zunehmende Auflösung der traditionellen Großfamilie lässt die Nachfrage nach sozialen Diensten ansteigen (auch wenn Familiennetze noch immer sehr bedeutsam sind).
- Neben Altersheimen werden das **eigene Zuhause** oder Zwischenlösungen (gemeinschaftliches oder betreutes Wohnen) wichtiger. Dafür müssen aber die Wohnungen adäquat ausgestattet werden: „mitalternde“ Wohnungen mit technischer Assistenz und eine gute soziale Anbindung im Wohnquartier.
- Die große Mehrheit der älteren Bevölkerung will **möglichst lange** in der eigenen Wohnung verbleiben; Befragungen der über 65-Jährigen sprechen von über 90%.
- „Wohnen im Alter“ ist nicht nur auf die Anpassung des unmittelbaren Wohnraumes zu beschränken. Vielmehr gilt es, umfassende „**sorgende Gemeinschaften**“ (Altenberichtskommission der Bundesregierung) zu entwickeln, die eine Anpassung des Wohnumfeldes, der Infrastruktur sowie der Versorgung mit Einkaufs- und sonstigen Dienstleistungsangeboten einschließen.

- Wohnungsgenossenschaften können die Wünsche für ein selbstständiges Leben im Alter gut erfüllen. Sie „bieten eine geeignete Basis zur Realisierung von Wohnformen, die einerseits durch Individualisierung und Autonomie geprägt sind (eigene Wohnung mit selbstbestimmten Tagesabläufen), andererseits aber auf dem Grundpfeiler *gemeinschaftlicher* Selbsthilfe ruhen und damit prädestiniert sind, geeignete Unterstützungsstrukturen entweder in der Gemeinschaft selbst zu schaffen (z.B. über organisierte Nachbarschaftshilfe) oder gemeinschaftlich zu erwerben. ... Zur konsequenten Beibehaltung der genossenschaftlichen Grundausrichtung empfiehlt sich dabei die Auslagerung von wohnbegleitenden Dienstleistungsangeboten in Form von sogenannten Service- oder Sozialgenossenschaften“ (Hanrath 2011, 134).
- Um sich weiter auszudehnen, bedarf es aber generell einer Stärkung der lokalen **Daseinsvorsorge** und einer integrierenden, mehrere Politikfelder und Akteure **vernetzenden** Sichtweise und Politik. Formen integrierter Versorgung sind aber schwer aufzubauen, auch wenn es inzwischen einen Konsens gibt, dass der lokale Raum der Ort des Sozialkapitals und der gegenseitigen Hilfe ist.

- Die Engagementdaten stimmen hinsichtlich dieser Frage **optimistisch**: Die Älteren sind weitaus stärker sozial aktiv als es die Öffentlichkeit wahrnimmt und in viele persönliche Netzwerke **eingebunden**. Integrierte Wohnstrukturen, die ein individuelles und selbstbestimmtes Leben für (ältere) Menschen mit Hilfe-, Pflege- und Unterstützungsbedarf im eigenen Quartier ermöglichen, bieten viele Vorteile. So können Bewohner bspw. in Seniorengenossenschaften ihr Leben selbstbestimmt gestalten und in einer Gemeinschaft mit stabiler Nachbarschaft leben.
- Für integrative Versorgungs- und Wohnformen, die quer zu den etablierten Strukturen liegen, ist es schwierig, **adäquate Finanzierungsstrukturen** aufzubauen. Im deutschen System der sozialen Dienste existiert ein hoher Regulierungsgrad entlang der Säulen der Sozialgesetzgebung und deshalb stoßen neue integrative Angebote für „sorgende Gemeinschaften“ in dieser Landschaft auf Hürden.
- Es existiert für sie häufig keine klare öffentliche Finanzierungsverantwortung. Vor dem Hintergrund einer abgeschotteten Politiksegmentierung ist es nicht leicht, kleinteilig vernetzte Versorgungsstrukturen zu etablieren, die es älteren Menschen ermöglichen, Versorgung und Dienstleistungen zu erreichen.

- „Bedarfsanalyse: Vor der Gründung einer Initiative ist eine lokale Bedarfsanalyse durchzuführen, um einen Überblick über bestehende Angebote, Angebotslücken sowie die lokale Abdeckung durch Pflegekräfte zu erhalten.
- Flexibilität: Der Leistungskatalog muss jederzeit anpassbar sein. Es muss möglich sein, zusätzliche Leistungen anzubieten, Leistungen zu streichen oder zu modifizieren. Für die Änderung des Leistungskatalogs gelten verschiedene Kriterien und zwar der Einfluss der Mitglieder, die lokalen Gegebenheiten und mögliche Lücken in der professionellen Versorgung.
- Mitglieder: Sowohl die Festlegung als auch die Anpassung des Leistungskatalogs sollte maßgeblich von den Mitgliedern der Initiative bestimmt werden [...]. Dies kann z. B. die Bereiche Mobilität, Art des Wohnens oder das kulturelle Angebot betreffen. Lücken in der professionellen Versorgung, die identifiziert werden, können bei entsprechender Kompetenz von Mitgliedern der Seniorengenossenschaft geschlossen werden und entsprechende Angebote in den Leistungskatalog aufgenommen werden. Unter Berücksichtigung dieser Eckpunkte wird ein Leistungskatalog festgelegt. Dabei werden vorrangig die Bereiche Mobilität und Fahrdienste, Hilfe in Haus und Garten, Handwerkliche Hilfe, Gesellung, Weiterbildung, Beratung, einfache pflegerische Leistungen und Unterstützung sowie die Betreuung Demenzkranker abgedeckt“ (Esswein/Raffelhüschen 2013, 58f).

## ■ EMPFEHLUNGEN:

■ Förderung des Generationenaustausches.

■ Junge Leute können zur Stabilisierung und Verbreitung von solchen Tauschsystemen wesentlich beitragen.

■ Alle sozialen Schichten und Organisationen vor Ort sollen möglichst eingebunden werden. Der Wohnbereich spielt eine zentrale Rolle.

■ **Wirkungen** auf die Sozialkassen (empirisch ermittelt in Sachsen):

■ „Durch die flächendeckende Etablierung von Seniorengenossenschaften könnte eine Entlastung der Pflegekassen erreicht werden, indem der Wechsel von Pflegebedürftigen aus der ambulanten in die (teurere) stationäre Pflege durch die unterstützenden Leistungen der Seniorengenossenschaft verzögert wird. Aus dieser aufschiebenden Wirkung resultieren auch eine finanzielle Entlastung sowie die Aufrechterhaltung des sozialen Umfeldes der Pflegebedürftigen“ (Esswein/Raffelhüschen 2013, 102).

■ Aber auch Entlastungen für Kommunen: „Denn durch die verminderte Stationarität, welche durch Seniorengenossenschaften induziert werden könnte, sinkt auch die Zahl derer, die sich die professionelle Pflege nicht mehr leisten können“ (103).

- Kontakt:
- Prof. Dr. Rolf G. Heinze
- Ruhr-Universität Bochum/InWIS
  
-  0234/32-22981
-  Rolf.Heinze@rub.de
- <http://www.rub.de/heinze>